

Bezugspreis: Für den Monat Dezember 1922, 15 Mark...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 8. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Uebergabe der Sühne-Note.

Die Reichsregierung hielt heute vormittag eine Kabinettsitzung ab, um endgültig die Antwort auf die Sühne-Note der Botschafterkonferenz über die Vorfälle in Passau, Ingolstadt und Steinfen festzustellen...

den vorliegenden Umständen sei es unzweifelhaft das beste Verfahren, die diplomatische Erledigung der besorgniserregenden Lage, in der sich Griechenland befindet, zu beschleunigen.

Französische Absichten.

Moratorium und Previsionsmittel.

Paris, 8. Dezember. (Eca.) Der gewöhnlich gut informierte Leitartikel des "Petit Parisien", Millet, beschäftigt sich in seinem heutigen Artikel mit der voraussichtlich auf der Londoner Konferenz zu behandelnden Materie...

Was den ersten und dritten Punkt betrifft, so sei es schon schwieriger, hierüber zu einer Einigung zu gelangen. Millet weist in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten auf die Fügung der alliierten Schulden hin...

Millet entwickelt dann die französische Ansicht, daß Deutschland den Beweis seiner Unfähigkeit und seines schlechten Willens geliefert habe, und daß man infolgedessen ein längeres Moratorium nur unter besonderen Sicherheiten für die Zukunft gewähren könne...

Türkische Zusicherungen an die Christen.

Konstantinopel, 8. Dezember. (TL.) Die Angora-Regierung hat den Führern aller christlichen Körperschaften in ihrem Gebiete zugesichert, daß die christliche Bevölkerung dieselben Rechte und denselben Schutz wie die türkische genießen soll...

Dollar 7500-7600.

Geldknappheit. - Devisenverkäufe. - Verluste.

Die sich immer mehr verschärfende Geldknappheit übt nunmehr auch einen starken Einfluß auf das Börsengeschäft aus. Ebenso wie der Warenhandel genötigt ist, zur Beschaffung flüssiger Mittel größere Mengen Waren auf den Markt zu werfen...

Genosse Scheidemann hat sich zur Heilung eines Darmleidens in eine Privatklinik begeben.

Genossenschaften und Umsatzsteuer

Von Franz Feuerstein.

Im Laufe der kommenden Woche wird im Steuerauschuß des Reichstages und in diesem selbst über die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2 Proz. Beschluß gefaßt werden...

Die damalige Entscheidung über die Umsatzsteuer stand im Zeichen des Steuertompromisses, d. h. unter zwangsläufigem außenpolitischen Einfluß. Cannes brachte mit einer verhältnismäßigen Erleichterung der Reparationsleistung das Diktat einer Steuererhöhung, über die in der Zeit von 14 Tagen Beschluß zu fassen war...

Anders liegen die Dinge diesmal. Die Sozialdemokratie ist frei von außenpolitischem Zwang und daher frei in ihrer Entscheidung. Sie wird erstens gegen eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer stimmen und zweitens den bereits wieder eingebrachten Befreiungsantrag der Genossenschaften aus steuerrechtlichen, sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen mit der ganzen Wucht ihrer 180 Mann starken Fraktion unterstützen...

Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2 Proz. ist nicht gerechtfertigt, so sehr man auch anerkennen muß, daß die erhöhten Zuwendungen an die Gemeinden durch das dem Reichstag vorgelegte Landessteuergesetz, das die Umsatzsteuer neben anderen Steuern enthält, für die Gemeinden lebensnotwendig sind...

Hinzu kommt die ungeheuerliche Verschlechterung der Lebenslage des Volkes, soweit es aus Lohn- und Gehaltsempfängern mit ihren Familien, insbesondere aber aus proletarischen Mittelstandskreisen, Kleinrentnern, Invaliden, Kriegsbeschädigten usw. besteht...

Was nun die Befreiung der Genossenschaften, insbesondere der Konsumvereine, anbelangt, so ist hier folgendes zu erwägen. Die Genossenschaften erleiden schweres steuerliches Unrecht; denn nicht nur die Genossenschaft, als solche, sondern auch deren Mitglieder müssen je für sich die Umsatzsteuer bezahlen...

Vor der Londoner Konferenz.

Amerikas verstärkte Aktivität.

London, 8. Dezember. (W.B.) Gestern fand eine Besprechung des Kabinetts statt, die 1 1/2 Stunden dauerte und auf der die Reparationsfrage erörtert wurde. Der belgische Ministerpräsident Theunis wird morgen vormittag erwartet, Poincaré und Mussolini sollen morgen nachmittag eintreffen.

"Star" schreibt, man erwarte, daß die Stimme der Vereinigten Staaten die Entscheidung der Premierminister beeinflussen werde. Das Blatt legt die Erklärung des amerikanischen Botschafters Harney in seiner bereits gemachten Rede, daß Entscheidungen getroffen werden könnten, gegen die Amerika Einwendungen würde erheben müssen, dahin aus, daß Amerika nicht die Absicht habe, die Anwendung von Zwangsmahnahmen gegen Deutschland zu unterstützen.

Paris, 8. Dezember. (W.B.) "Liberte" schreibt über die Möglichkeit eines Eingreifens der Vereinigten Staaten in die Londoner interalliierten Verhandlungen, der Botschafter der Vereinigten Staaten Oberst Harney habe Äußerungen getan, aus denen die englische Presse den Schluß ziehe, daß er von seiner Regierung beauftragt wäre, gegen gewisse Entscheidungen der vier alliierten Regierungen, z. B. Zwangsmahnahmen gegen Deutschland, Einspruch zu erheben...

Eine Erklärung Bonar Law's.

London, 8. Dezember. (W.B.) Bonar Law teilte gestern auf eine Anfrage Lloyd Georges im Unterhause mit, er werde sein Möglichstes tun, um zu ermöglichen, noch vor der Vertagung des Hauses eine Erklärung über die Politik der Regierung in der Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden abzugeben.

Die Vertagung des Parlamentes findet am Freitag nächster Woche statt.

Reparationen und Schuldenfrage im Unterhause.

London, 8. Dezember. (W.B.) Der Parlamentsberichterstatter der "Times" schreibt, die Erörterungen über die Reparationsfrage und die interalliierten Schulden würden am Donnerstag nächster Woche beginnen. Sir John Simon werde die Aussprache eröffnen, der Premierminister werde sie beantworten.

Lord Curzon in der Klemme.

Die englische Mitschuld an der griechischen Katastrophe.

London, 8. Dezember. (W.B.) Einiges Aufsehen erregte im Unterhause eine Anfrage an die Regierung, die einer von Curzon im Februar dieses Jahres an Lord Curzon gerichteten Brief sowie die Antwort Curzons auf diesen Brief betraf. Die Anfrage ging von dem früheren Privatsekretär Lloyd Georges, Sir Edward Grigg, aus und lautete, ob irgendwelche Dokumente vorhanden sei, aus dem hervorgehe, daß dieser Briefwechsel den Kollegen Lord Curzons mitgeteilt und vom Kabinett erörtert worden sei...

Im Oberhause befand sich Lord Birkenhead, daß er niemals ein solches Dokument gesehen habe und betonte, daß vielleicht die Ereignisse einen ganz anderen Gang genommen hätten, wenn das gesamte Kabinett von der Ansicht Curzons über die militärische Lage in Kleinasien Kenntnis gehabt hätte. Nach einem Wortwechsel mit Lord Curzon verlas dann Lord Birkenhead den Wortlaut der Antwort Lord Curzons auf die Note von Curzon, in der dieser erklärte, die Griechen würden nicht imstande sein, ihre Stellung in Kleinasien ohne Heereslieferungen und ohne finanzielle Unterstützung zu halten...

die Umsatzsteuer zweimal bezahlen: das erstmal beim Einkauf der Ware durch die Verwaltung, das zweitemal bei der Verteilung der Ware an die Mitglieder. Wenn eine Gruppe zahlungskräftiger Leute, oder Schieber, in Monats- oder Jahresmengen von Fabrikanten oder Großhändler Waren beziehen, so bezahlen sie die Umsatzsteuer — nur einmal. Das Genossenschaftsmitglied, weil es seine Verwaltung mit dem Kauf beauftragt — zweimal!

Dass dies Unrecht ist und die Befreiung der Genossenschaftsmitglieder von der Steuer nur normales Recht bedeutet, das die Genossenschaft, die sie bilden, schon einmal bezahlt hat, zeigt ein Urteil des Reichsfinanzhofes vom 14. Februar 1922 (V A 259/21) über die Umsatzsteuerpflicht von Bezugsgemeinschaften, welches die „Blätter für Genossenschaftswesen“ kürzlich veröffentlichten. Es heißt darin:

„Nach den Feststellungen der Vorinstanz schließt die liefernde Firma Kaufaufträge mit den einzelnen, Kohlen abnehmenden Bahnbediensteten ab, die bei dem Vertragsabschluss der Zeche gegenüber erstmals durch ihren Vertrauensmann vertreten werden. Da noch findet auch eine einzige Lieferung der Kohlen von der Zeche an die Vielzahl von Käufern statt. Bei dieser Sachlage liegt nun ein einziges Umsatzgeschäft zwischen Zeche und den Bahnbediensteten vor. Die Verteilung der Kohlen unter den Bahnbediensteten nach Maßgabe ihrer Bestellungen ist kein selbständiges Umsatzgeschäft, sondern stellt sich als die Abwicklung des vom Beauftragten im Namen seiner Auftraggeber in einer nach außen hin erkennbaren Weise abgeschlossenen Geschäfts dar.“

Das Absurde ist nun, daß derselbe Reichsfinanzhof die „Genossenschaft“ als „juristische Person“ den Mitgliedern der Genossenschaft gegenüberstellt, zwei verschiedene Rechtssubjekte konstruiert und so die Umsatzsteuerpflicht der Genossenschaft und ihrer Mitglieder, also doppelte Umsatzsteuerpflicht herstellt.

Wenn diese juristisch „schlüssige“, für den gefunden Menschenverstand unbegreifliche Formulierung, die ein trasses steuerliches Unrecht zur Folge hat, aufgehoben wird, so ergibt sich daraus noch lange keine Bevorzugung der Genossenschaften, sondern nur eine klare Sachlage durch Befreiung der Doppelbesteuerung.

Bedenkt man noch, daß diese Doppelbesteuerung des genossenschaftlichen Verbraucher auch dadurch verschärft wird, daß bei ihm die Steuer reiflos herabgebracht wird, während sich beim Privathandel das Einkommen mindestens 40 Proz. „verflüchtigt“, so sprechen alle Gründe dafür, das Unrecht der Doppelbesteuerung bei den Genossenschaften zu beseitigen.

## Demokratische Klage.

Erkelenz über die Regierung Cuno.

Auf einem demokratischen Parteitag für den Bezirk Düsseldorf-Weft hat der Vorsitzende des Vorstandes der Demokratischen Partei, Abg. Erkelenz, eine bemerkenswerte Rede gehalten. Bekanntlich stammt Herr Erkelenz aus der Hirsch-Duncker'schen Arbeiterbewegung und es ist daher begreiflich, wenn er dem Drängen seiner Partei nach der bürgerlichen Arbeiterschaft mit zumindest einem nahen Auge gegenübersteht. Er machte denn auch in Düsseldorf kein Hehl aus seiner Auffassung, daß er sich mit dem Ministerium Cuno durchaus nicht befreunden könne. Der Ministerwechsel habe außer dem Ausscheiden der Sozialdemokratie auch das Ausscheiden des letzten Arbeiters aus dem Kabinett gebracht. Damit hätten wir das erste arbeiterreine Ministerium seit Oktober 1918. Erkelenz bekennt sich der Sozialdemokratie, daß sie seit 1918 oft eine große Verantwortungsfreudigkeit bewiesen habe. Er glaubt aber, daß die Sozialdemokratie jetzt vor der Verantwortung zurückzuckt. Aus diesem Gedankengang fügt er hinzu:

Bringen die Arbeitermassen nicht die nötige Entschlußkraft auf, die schwere Arbeit, die jetzt noch zu tun ist, mitzuberantworten, dann verlieren sie die Republik! Denn das Volk werde letzten Endes dem zusehen, der das Land gesund macht, und es werde nach

## Kind und Puppe.

In lebhafter Erinnerung ist mir ein Fall: einen Säugling besuchend, unterhielt ich mich mit der Mutter; eine kleine Dreijährige spielte im Zimmer, quälte und ärgerte sich mit einem länglichen Etwas ab, schalt und verprügelte den Gegenstand. Hochend erhärte die Mutter, die kleine habe ihr den Auslöser abverlangt — es wurde gerade Pfaffenmuss gefocht — ihn in Zeitungspapier eingeschlagen, das sei die Windel, der Pöfel ihr Kind, und da das Pöfelbeiß sich nun gemacht habe, bekäme es eine Tracht Prügel. Dabei sah eine hübsche, große Puppe unbeachtet in der Vase. — Vor einigen Tagen schickte ein kleines Mädchen mit viel Geschrei: „Lut-lut-lut-lut!“ einen inwaldben Pappkarton hinter sich her, die Inwalben waren ein ganz verhußelter Teddy, zwei Murmel und ein abgegriffenes Spielzeuggehäuse. Was sich das Kind bei dieser Fuhre gedacht hat, wer kann es erraten? Ich weiß nur eins: es war glücklich. — Als Achtjährige schnitzte ich mir einmal ein Stück Holz zurecht, malte auf die Breitseite ein Gesicht und zog die Seite an mit Nadeln, vornehm wie eine Prinzessin, als Ersatz für eine Puppe, die mir der „Weihnachtsmann“ wegen Mangel an Brautheit nicht gebracht hatte.

Kinder leben ihre Welt für sich. Seht auch die Hofentastchen der Jungen, die Hornstücken der Mädchen an — von uns unbegriffen, ruhen darin Herrlichkeiten, die sie nicht um ein Königreich, auch nicht um eine Republik, hergeben. Und nun gar die Puppen? Ein Kind ohne Puppe — welche abgrundtiefe Armut! Ist es nicht bezeichnend, daß alle unsere Adoptivkinder, ausnahmslos, ihren neuen Pflegeeltern als erstes Geschenk, als erste Liebesgabe Puppen bescherten? Ein Kind ohne Puppe — da friert das Gemüt!

Wenige Wochen nur trennen uns von dem Fest, das ohne Puppen kaum denkbar ist. Nicht allen Schenkenden kommt der tiefere Sinn dabei zum Bewußtsein. Wo aber ein Kind im Hause ist, da muß auch eine Puppe sein. Schon weitestens die Auslagen der Schaufenster um den Preis, die schönsten Puppen auszustellen. Erfreulich ist die Feststellung, daß die blühen Puppengeschäftern anscheinend die Sterbestunde geschlagen hat. An ihre Stelle sind die „Charakterpuppen“ mit wirklichem kindlichen Gesichtsausdruck getreten. So unglücklich, daß man seine Freude an den Wunderwerken haben kann. Freilich — Tausende von kleinen Mädels werden in diesem Jahre verzichten müssen auf ein solch herziges Puppengedächtnis und sich, wie einst auch ich, mit Erbsen bescheiden. Denn für viele Eltern werden die Preise unerschwinglich sein, zumal ja andere Dinge bitter nötiger sind. Das ist bedauerlich, denn Kind und Puppe ist ein unzertrennlicher Begriff.

Wie könnte dieser Not, die eine Not des Gemütes bedeutet, abgeholfen werden? Doch nur, wenn die Mütter sich selbst hinsetzen und versuchen, für ihre Mädels eine Puppe zu fabrizieren.

seiner Vorteilstellung nicht fragen. In Oesterreich habe die Sozialdemokratie das Spiel vorerst verloren; sie möge sich hüten, daß sie es nicht auch in Deutschland verliert. . . .

Ob Herr Erkelenz bei dieser väterlichen Ermahnung an die sozialdemokratische Adresse unbewußt die Stimmung andeutet hat, die in seiner eigenen Partei herrschend ist, vermögen wir nicht zu erkennen. Indessen der elegische Schluß seiner Rede deutet auf schwere Konflikte innerhalb der demokratischen Partei hin, in deren Mitte eine kleine Gruppe von Angestellten und Arbeitern um Geltung ringt gegen den vorherrschenden Bank- und Handelskapital. Erkelenz fragt nämlich, wann endlich die Steuerreform kommen werde, die dafür Sorge, daß alle Steuerzahler ihre Steuern nach dem gleichen Geldwerte zahlen. Arbeiter, Angestellte und Beamte hätten im Jahre 1921 als Einkommensteuer rund 126 Stundenlöhne gezahlt. Wenn sie jetzt dieselben Steuern erst zahlen müssen, brauchen sie nur acht Stundenlöhne aufzuwenden. Darin drückte sich die steuerliche Bevorzugung derjenigen aus, die ihre Steuern erst später zahlen.

Nun wird Herrn Erkelenz inzwischen nicht unbekannt geblieben sein, daß im Steuerauschuß des Reichstages förmliche bürgerliche Parteien gegen die sozialdemokratischen Vertreter und trotz des dringenden Abmahns der Regierung die Steuerlast für die Kieferninnahmen sehr wesentlich herabgemindert haben. Auch die Vertreter der Demokratischen Partei machten diese Arbeit zum Schutze der Großkapitalisten getreulich mit. Wenn Herr Erkelenz und die ihm folgenden Arbeiter und Angestellten mit solcher Steuerpolitik einverstanden sind, ist das ihre Sache. Aber sie sollten nicht darüber klagen, daß die Sozialdemokratie nicht auch noch dafür die Verantwortung übernehmen will.

## Krupp in Rußland.

Seit einiger Zeit gingen Nachrichten durch die Presse, daß die Firma Krupp eine großen landwirtschaftliche Konzession in Sowjetrußland erworben habe. Nun werden Einzelheiten des Vertrages bekannt, der zwischen dem Leiter der russischen Handelsvertretung in Berlin Stomaniakoff und dem Vorstandsmitglied der Krupp-Werke Dr. Sorge abgeschlossen worden ist. Es handelt sich nach diesem Vertrage um die Verpachtung von circa 25 000 Hektar Land an die Krupp-Werke, die auf dem gepachteten Boden einen landwirtschaftlichen Großbetrieb eröffnen will. Das Betriebskapital für dieses Unternehmen wird in Höhe von 75 Proz. von englischen Kapitalistengruppen zur Verfügung gestellt.

Ueber den Inhalt des Abkommens werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Dauer der landwirtschaftlichen Konzession beträgt 33 Jahre. Die Sowjetregierung garantiert, daß es sich um staatsfreie Ländereien handelt. Im Laufe von 6 Jahren ist der Konzessionär verpflichtet, die Gesamtfläche der Konzession in Bearbeitung zu nehmen. Die Regierung verpflichtet sich, ihn in jeder Weise zu unterstützen. Wenn nach Ablauf von 3 Jahren, ohne daß vom Konzessionär unabhängige Hindernisse eingetreten wären, nicht 40 Proz. der Arbeiten ausgeführt sind, ist die russische Regierung berechtigt, dem Konzessionär die Konzession zu entziehen oder ihm eine Konventionstrafe aufzuerlegen. Alle 6 Jahre können die Parteien vom Vertrage zurücktreten. Der Konzessionär hat das Recht, den Prozentsatz des Ertrages, den er als Zahlungen an die Regierung abzuliefern hat, durch andere landwirtschaftliche Produkte oder durch Geldzahlungen zu ersetzen, die nach den Weltmarktpreisen berechnet und in russischem Gelde ausgezahlt werden. Die Regierung hat das Recht auf buchhalterische Kontrolle der Geschäftsbücher. Der Konzessionär ordnet sich allen Befehlen der Sowjetregierung unter. Alle Arbeits- und Sozialversicherungsgesetze sind für den Konzessionär obligatorisch. Das Arbeitskommissariat stellt dem Konzessionär die Arbeiter darf 50 Proz., die der ausländischen Angestellten 75 Proz. der Gesamtzahl nicht überschreiten. Die Regierung ist verpflichtet, das für den Wiederaufbau der Gebäude notwendige Holz zu den billigsten Preisen zu liefern. Die Regierung hat das Recht, nach vorheriger Ankündigung zu staatlichen Zwecken Teile des in Konzession vergebenen Areals unentgeltlich zu enteignen, entschädigt jedoch den Konzessionär

anderweitig. Unterverpachtung ist nur zugunsten der Arbeiter und Angestellten zugelassen. Die Regierung hat das Vorkaufsrecht auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Konzessionärs zu Weltmarktpreisen, wobei für Getreide die Preise der Rostodermer Börse maßgebend sind. Das Eigentum des Konzessionärs darf weder konfisziert noch sequestriert werden.

Das Wesentlichste an diesem Vertrage ist die Tatsache, daß sich die Sowjetregierung der Mitwirkung des markantesten Vertreters der deutschen Schwerindustrie bedient, um gestützt auf das englische Kapital, einen landwirtschaftlichen Großbetrieb auf staatlichen Ländereien zu errichten. Damit gibt sie offenbar ihre Unfähigkeit zu, selbst auf dem fruchtbaren Boden des Dongebietes aus eigener Kraft einen landwirtschaftlichen Großbetrieb zu organisieren. Nicht zu übersehen ist auch die Tatsache, daß die Verpachtung großer fruchtbarer Landflächen an einen ausländischen Unternehmer bei den russischen Bauern, die die eigenen Großgrundbesitzer verjagt und das Herrenland unter sich aufgeteilt haben, weitgehende politische Konsequenzen nach sich ziehen kann.

## Ehrhardts Getreue.

Nachdem es endlich gelungen ist, den seit Jahren stadtbüchlich verfolgten, aber von deutschnationalen Freunden sorgfältig geschützten Hochverräter Ehrhardt zu fassen, halten es die Deutschnationalen für geboten, offen ihre Sympathie mit diesem Hochverräter und mit dem Kapp-Putsch auszusprechen. Im März 1920 allerdings, als der Putsch zusammengebrochen war, erklärten sie das Ehrhardt-Unternehmen für ein „wahnsinniges Verbrechen“ und taten entsetzt, wenn man auf die innige Verbindung der Kapp, Ludendorff und Ehrhardt mit den Deutschnationalen verwies. Die führende deutschnationalen Zeitung in Pommern, die „Pommersche Tagespost“, fühlt sich berufen, heute noch für Ehrhardt eine „warme Sonje“ anzulegen, indem sie schreibt:

Dabei ist immer im Auge zu behalten, daß selbst Ehrhardts Tat entsetzbar erscheint durch die Tatsache, daß es bis dahin toll genug zugegangen war an der Spree und anderwärts, nachdem der Umsturz alle Bande frommer Sitten gelöst, das Autoritätsgefühl untergraben, so, reiflos beleidigt hatte. So einfach, wie der „Norman“ das meinen mag, läßt sich jedoch nicht wieder lange nicht beweisen, daß sie wirklich die Befreiung der Verfassung lange nicht bewiesen, daß sie wirklich Befreiung der Verfassung anstrebten.

Das gleiche Blatt hat die Freundlichkeit, den „Norman“ aufzufordern, „aus einem gewissen Gefühl der Dankbarkeit“ heraus Ehrhardt in Schutz zu nehmen, weil es anzusehen „Ehrhardt und seine Erretter waren, die sich Anfang 1919 für die Regierung der Volksbeauftragten schlugen“. Das Blatt wird aber wohl kaum selbst glauben, mit einer solchen Bemerkung irgend jemand überzeugen zu können. Aus all dem Gerede leuchtet nur die eine Sorge hervor, daß es vor dem Staatsgerichtshof dem Führer der Landrechtsabrigade nicht gelingen möchte, eine gleich milde Beurteilung zu finden wie die Bogow, Wangenheim, Schiele vor dem Reichsgericht gefunden haben.

Auch die „Kreuzzeitung“ glaubt es jetzt an der Zeit, jede Verhüllung fallen zu lassen. Sie veröffentlicht eine Korrespondenz aus München, in der es heißt:

Da ihm (Ehrhardt) sieht man hier den ganzen deutschen Mann, man vermischt ihm nicht, daß er bei der Befreiung Münchens von der Kaiserherrschaft eine hervorragende Rolle spielte. Auch der Kapp-Putsch, der Bayern nur unmittelbar bezührte, ist hier sehr gut ausgefallen, hat er doch den Sturz des sozialistischen Ministeriums Hoffmann herbeigeführt und Herrn v. Raab aus Stotteruberg gebracht. So hatte man hier trotz aller Angehörigkeitsfragen immer nur eine feste Sympathie für die Kappisten und bedauert es ernsthaft, daß gerade in Bayern der lapidare Marineoffizier ins Garn gegangen ist.

Es ist notwendig, sich diese Zeugnisse innerster Herzensgemeinschaft zwischen den Deutschnationalen und den offenen Hochverrättern gewissenhaft zu merken. Dieselben Kreise, die sich nicht genug an Verdammungsurteilen wider die Revolution leisten können, preisen den Revolutionär, wenn er zufällig die Republik stürzen und die Monarchie wieder aufrichten will. Ihre einzige Trauer ist, daß diese Kapp-Revolution nicht gelang, und daß der Putschist zu allem Ueberflus auch noch „ins Garn gegangen“ ist.

Der neue Stern. Zu Beginn dieser Woche ist von dem runden Astronomen Prof. Jiccol ein neuer Stern im Bilde der Pleiade entdeckt worden, der bei seiner Auffindung schon die Helligkeit eines Sternes erster Größe hatte. Infolge der zurzeit in fast ganz Europa herrschenden dichten Bewölkung ist es bisher anscheinend nur in vereinzelten Fällen möglich gewesen, das neue Gestirn zu Gesicht zu bekommen; allein aus London liegen Meldungen von der Beobachtung der Nova, und zwar von der Greenwich Sternwarte vor. Dr. H. C. Crommelin, Assistent an der Sternwarte zu Greenwich, bezeichnet die Helligkeit des neuen Sterns als glänzend; nähere Beobachtungen und spektroskopische Untersuchungen haben anscheinend auch in Greenwich bisher noch nicht angestellt werden können. Die Nova Nova steht im 232. Grad gerader Aufsteigung und 28. Grad nördlicher Abweichung vom Äquator, also im südlichsten Teil des Sternbildes der Pleiade und inmitten der Pleiadenstraße. Das neue Gestirn bildet mit Vega, dem hellen Hauptstern der Pleiade, und Albireo, dem bekannten Doppelstern im Schwan, der gleichzeitig den Fuß dieser ein großes Kreuz darstellenden Konstellation bezeichnet, einen rechten Winkel mit der Nova als Scheitelpunkt. Es ist weiter nicht verwunderlich, daß der neue Stern innerhalb der Pleiadenstraße aufgetaucht ist; fast alle diese Neuerscheinungen der Himmelswelt trachten innerhalb der Pleiadenstraße auf; innerstanter ist der Umstand, daß die Nova Nova fast genau die gleiche gerade Aufsteigung wie die im Juni 1918 erschienene Nova Aquilae hat. Nach dem neuen Stern im Perseus vom Jahre 1901 und dem neuen Gestirn im Adler von 1918 ist die Nova Nova der dritte Stern erster Größe, der im 20. Jahrhundert aufgetaucht ist. Hoffentlich läßt sich in den bevorstehenden Nächten wenigstens zeitweilig der Himmel auf, damit weitere Beobachtungen möglich werden. Gegen 9 Uhr abends hat man den neuen Stern tief am Nordwesthimmel zu suchen, wird ihn aber zu früherer Stunde mehr im Westen und in größerer Höhe wahrnehmen können.

Gerhart-Hauptmann-Ghrung. Auf Vorschlag des Bürgermeisters hat der Rat der Stadt Leipzig beschlossen, einer in der Seehofer-Eldung gelegenen neuen Straße die Bezeichnung „Gerhart-Hauptmann-Straße“ beizulegen. Der Dichter hat die ihm gewordene Ehre mit Dank angenommen.

Ein Verband der Zeitschriften-Redakteure wurde in einer vom Reichsverband der Deutschen Verleger eintreffenden Verammlung gegründet. Der Verband soll die gesamten geistigen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder wahren.

Die „Vereinigten Musikpädagogischen Verbände“ hielten in Berlin ihre Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende wies in seinem Jahresbericht auf die bedeutenden wirtschaftlichen Erfolge des Jahres hin, dem es gelungen ist, durch die Aufhebung der Kunststeuer für Klaviers, den Sperrpatenten gegen die Ausbeute gedruckter Instrumente und durch die großzügige Musikalienvermittlung seinen Mitgliedern größere Vorteile zu verschaffen. Zu Vorstehenden wurden Arnold Wolf und Prof. Ed. Baum wiedergewählt, als Sekretar Musikdirektor Karl Goldschmidt-Dormund beauftragt.

Die Galerie Alfred Richthofen, 2. Adam-Ufer 13, zeigt in ihrer Winterausstellung (Dezember und Januar) Gemälde, Graphiken und Plakate aus dem Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die Mode ist dem Verfall entwichen glücklich, kommt es doch hauptsächlich auf den Charakter an, der dem Gesicht des Kunstwerkes verliehen wird. Im übrigen ist alles pappweich, Arme und Beine sind aus Pappe fest zusammengeklebt, Kump und Kopf entstehen aus zusammengeklebtem Papier mit Stoff bezogen. Im vergangenen Jahre kaufte ich solch eine weiche Puppe, sie ist akrobatenhaft gefaltet, trägt ein berbes graues Bavarienscheit, ein rotes gesticktes Kleid, darunter ein weißes Hemdchen, eine gelbe geflochtene Schnur krönt als Schmuck das Köpfchen — das ist der ganze Zauber. Wohl schaut die Unschuld ein wenig melancholisch drein, doch liegt das eben an ihrem „Charakter“, den ihr die Herstellerin auf ihrem Lebensweg mitgegeben hat, und steht es jedem frei, das Gesicht mehr oder weniger pikant zu gestalten. Jedenfalls ist der Phantasie weitester Spielraum gelassen. Ich könnte mir denken, wenn sich einige Frauen zusammensetzen zum Zwecke der Selbstfabrikation solcher Puppen, daß dabei manch originelles Gebilde zustande käme und, abgesehen vom Spaß und Vergnügen, Kindern eine Freude gemacht werden könnte, Kindern, die sonst verzichteten müßten. Wenn auch keine Käthe-Kruse-Puppen dabei zustande kämen, so würde es doch geschätzten Frauenhänden, von etwas Kunstsinne geistert, gelingen, die Tröstlichkeit eines puppenarmen Weihnachtsfestes zu mildern durch Herstellung von „weichen“ Puppen.

Nicht die Kleider, nicht die Namen machen die Puppen.

Neues aus der Nationalgalerie. Im Kronprinzenpalais, in der modernen Abteilung der Berliner Nationalgalerie, wurde eine Ausstellung von Aquarellen und Handzeichnungen von Künstlern der Gegenwart eingerichtet, die für die Sammlung neu erworben worden sind. In zwei Räumen des obersten Stockwerks, die sich an die Ausstellung der Bilder von Franz Marc anschließen, sind die Blätter zu sehen. Da hängt eine Folge von Landschaften, besonders von Strandbildern, Erich Heckels; darunter ist auch das Aquarell der Alpenlandschaft, das dem kürzlich für die Galerie erworbenen Delbild Heckels zugrunde liegt. Eine zweite Folge wurde von August Macke erzeugt worden, dem im Krieg gefallenen jungen rheinischen Maler, dessen Gedächtnisausstellung des Kronprinzenpalais seitzeitig veranstaltet. Unter den Blättern sind besonders reizvoll von der Reihe, die Macke kurz vor dem Tode nach Nordafrika unternommen hat. Eine dritte Folge von Aquarellen erwarb die Galerie von Karl Schmidt-Rottluff. Das übrige sind ein paar Blätter von Rudolf Großmann aus der Sportwelt, zwei Aquarelle von Max Kaus, zwei der ganz unangenehmste Zeichnungen von Alexander Archipenko und ein in Wasserfarben gemaltes Stillleben des alten Christian Rohlfis.

Im alten Hause der Nationalgalerie ist man zurzeit bei der Einrichtung des großen Feuerbad-Saales, wofür der quergelegene, früher der Plastik vorbehaltene Eingangsraum der Sammlung bestimmt ist. Der Saal wird für die Aufhängung des „Gottmahls des Plato“ hergerichtet. Eine neue Gestalt erhielt auch im mittleren Geschosse der frühere erste Cornelius-Saal.

# Schnee und Matsch.

Grau, neblig, unendlich trübe ist das Wetter in dieser Woche gewesen. Feinster Regen rieselte herab, und als es gestern ausnahmsweise einmal trocken war, erweichte mancher wohl erleichtert auf. Aber mit des Gesichts Nächten. Gegen Abend begann es plötzlich wieder zu tröpfeln, das Pflaster wurde wieder schwarz und glitschig. Allmählich mischten sich Schneeflocken in den Regen und in der Nacht hing die Luft voll dieser Schneewolken. Bald war alles weiß in Weiß gehüllt. Selber schwankt die Temperatur immer um den Gefrierpunkt herum, und so setzte in den ersten Morgenstunden, als der Schneefall etwas nachließ, das berückte Tauwetter ein, dem alsbald wieder Frost folgte, der bald wieder einer leichten Erwärmung weichen mußte. Schon im Morgenrauen arbeitete die städtische Straßenreinigung, um Verkehrsstörungen zu verhindern. Aber ein neuer Schneefall, der um 8 Uhr einsetzte, machte einen großen Teil der Arbeit wieder zunichte. So trat denn vielfach, insbesondere bei der Straßenbahn Verkehrsstörungen ein. Allenfalls waren teilweise aus Arbeitslosen gebildete Kolonnen tätig, um die mit Matsch bedeckten Straßen zu säubern, eine Arbeit, die in den verkehrsreichen Straßen der Großstadt nur mit großer Mühe durchzuführen ist. Auf der Stadtbahn hatte man sich ebenfalls gefürchtet, um bei Verkehrsstörungen eingreifen zu können. Aus allen Teilen des Reiches werden Verkehrsstörungen gemeldet. Nach der Ansicht unserer Wetterkundigen haben wir in den nächsten Tagen Regen, Schnee- und Graupelschauern zu erwarten, wobei es jedoch nicht ausgeschlossen ist, daß der Himmel zwischen durch auch einmal ein freundliches Gesicht macht.

Strafungen im Fernsprechverkehr. Der harte Schneefall, der am gestrigen Abend einsetzte und bis in die Morgenstunden andauerte, hat überall im Reich erhebliche Störungen im Fernsprechverkehr zur Folge gehabt. Besonders mitgenommen wurden die Fernleitungen in Süd- und Mitteldeutschland. Vollständig unterbrochen war der Verkehr mit Paris, Basel, Wien, Karlsruhe, München, Nürnberg, Frankfurt a. M., Kassel, Erfurt, Bremen und Bielefeld.

## Verstecktes Geld.

### „Nur noch einmal mit der Braut tanzen.“

Die Aufdeckung der Milliarden-Schwandeleien, die, wie wir mitteilen, der verhaftete Kaufmann Samuel Rosenfeld durch Fälschung von Goldscheinen verübte, wies wieder einmal ein großes Licht auf das Treiben gewisser Kreise in Berlin. Rosenfeld mochte angeblich bei einer Frau in der Köpenicker Straße, tatsächlich war er auch dort polizeilich angemeldet. Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben jedoch, daß er sich bei der Frau auch nicht eine Stunde aufhalten hat und daß seine angebliche Wittin von seiner Existenz nichts wußte. Die polizeiliche Anmeldeung ist mit der Unterschrift des Hauswirts und dem Namen der Untervermieterin gefälscht worden.

Rosenfeld ist vor etwa 2 Jahren nach Berlin gekommen. Er begann sofort den Verkauf von Goldscheinen und geriet allem Anschein nach zu einer weit verzweigten Schmugglerbande, die Goldscheine aller Art über die Grenze schaffte. Ein Teil dieser Freunde des Verbotenen ist, bevor die Kriminalpolizei sie losen konnte, jezt, mit Vätern versehen, nachweislich nach Danzig abgefahren. Wahrscheinlich haben diese Leute auch einen Teil des Silber- und Goldschatzes, den Rosenfeld für seine Fälschungen beschaffte, mitgenommen. Andere Werte haben die Kriminalbeamten bei fünf Bekannten und Freunden Rosenfelds in kleinen Koffern mit Silber und Gold, Uhren, Schmuck, Eisen, Schmiedewerkzeugen, Eisen, Eisenwaren usw. beschlagnahmt. Alle diese Sachen sind wahrscheinlich von Dieben und Einbrechern aufgekauft worden. Man glaubt, daß Rosenfeld auch in anderen Beziehungen noch weitere Schmuckstücke untergebracht hat. Vermutlich hat er unter falschem Namen und vielleicht auch ungenannt noch Unterhaltungen gehabt. So sagte er selbst, daß er eine hochwertige Brillantenkette gern als Kaution zur Verfügung stelle, wenn man ihn gelegentlich gebe, nur noch einmal mit seiner Braut einen Tanzabend zu besuchen. Er erbot sich auch, die Kette sofort zu besorgen, wenn man ihm zu diesem Zwecke auf freien Fuß setze. Rosenfeld gibt zu, die Brodscheine der Deutschen Gold- und Silberwarenindustrie, normals Koeffler, in der Kurstraße 80, in der geschützten Art gefälscht zu haben. Er will aber die Fälschung nicht selbst gestanden, sondern von einem Manne, der früher bei der Anstalt angestellt gewesen sei, gekauft haben. Nachforschungen nach dieser Richtung sind im Gange. Wer über Rosenfeld irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, sich beim Kriminalkommissar Müller, Polizeiamt Hallesches Tor, am Belle-Alliance-Platz 5, zu melden.

## Aushebung einer Lasterhöhle.

Unter dem Ausmaß eines „Massage-, Hand- und Fußpflege-Instituts“ unterhält eine Frau Schmidt im zweiten Stock des Hauses Potsdamer Str. 62 einen Betrieb, der seitlich der gemeinnützigen Ursubst dient. Diese Anstalt hat schon mehrmals die Aufmerksamkeit der Strafbehörden beschäftigt. Ein Strafverfahren gegen Frau Schmidt mußte aber wegen Mangels an Beweisen jedesmal wieder eingestellt werden, weil keine Spuren mehr zu ermitteln waren. Neuerdings zeigte eine Frau an, daß ihre 15jährige Tochter von Heilerheisern in das „Institut“ verschleppt worden war und infolge von unzüchtigen Handlungen, die dort an ihr vorgenommen worden sind, erkrankte. Das Mädchen liegt jetzt noch darnieder. Eltern nun machen drei Beamte der Stützpostel des Polizeivollzugs bei Frau Schmidt wieder einen Verhörbesuch. Sie trafen vier Mädchen von 15 bis 25 Jahren und eine Frau von 37 Jahren an, die sich teilweise zu Maniküre- und Pedikürearbeiten bei ihr aufhielten. Alle fünf wurden mit der Inhaberin des „Instituts“ zur Wache gebracht und festgehalten. Zwei Mädchen waren vollständig entkleidet, als die Beamten eintraten. Frau Schmidt wurde ebenfalls verhaftet und ihre Räume polizeilich geschlossen.

## Strolche!

### Unter Anklage der Mißhandlung.

Das Gesetz zum Schutze der Republik führte heute den aus Bayern stammenden früheren Studenten Kurt Meyer-Lori vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war im Frühjahr d. J. nach Berlin gekommen und hatte Beschäftigung bei der UEG gefunden. Am 29. Juli wurde er dabel abgefaßt, als er die bekannten Plakate antisemitischen Inhalts in den Räumen der UEG, und an Häusern anbrachte. Auf diesen Plakaten war ein Jude mit abfälligen Bezeichnungen dargestellt, der einen Arbeiter an einem Rollenring hinter sich führt. Darunter stand: „Deutscher Michel, das sind Deine Führer!“ Der Angeklagte selbst hatte mit der Hand noch unter die Plakate geschrieben: „Rathenau und Genossen.“ Er ist deshalb wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vom 26. Juli d. J. angeklagt. Zu seiner Verteidigung erklärte Meyer, daß ihm zwar das Gesetz bekannt gewesen sei, daß er aber noch nicht gewußt habe, daß es in Kraft getreten sei. Der Angeklagte, der seit dem Sommer in Haft ist, benutzte diese Gelegenheit, um eine alte Strafe von vier Wochen Gefängnis wegen Unterschlagung zu verbüßen. Es war ihm damals eine Bewährungsfrist gewährt worden. Durch das neue Vergehen ist jedoch die Strafe rechtskräftig geworden. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Burckhardt beantragte gegen den Angeklagten eine Strafe von vier Monaten Gefängnis. Nach fast einstündiger Ver-

ratung beschloß der Gerichtshof unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor v. Wedel-Parlow die Verurteilung des Urteils auszusprechen. Sie findet am 13. Dezember, 9 1/2 Uhr, statt. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten in dieser Angelegenheit wurde aufgehoben.

## Wo bleiben die Kohlen?

Eine augenblicklich sehr aktuelle Anklage beschäftigte das Landgericht des Landgerichts III. Wegen Vergehens gegen die Versorgungsordnung betreffend die Kohlenversorgung waren der Kohlenhändler Fritz Wronke und dessen Ehefrau aus Friedrichshagen angeklagt. Beide wurden beschuldigt, Kohlen zurückgehalten zu haben, bis eine neue Steigerung der Preise eingetreten war. Die Anklage rührte von mehreren Verleihen her, denen die Angeklagten den Verkauf von Kohlen verweigert hatten. Vor Gericht erklärte der Angeklagte W., daß ihm nur 26 Proz. seines Sollbestandes an Kohlen geliefert worden seien und er für diese schon bestimmte Abnehmer gehabt habe. Nach einer amtlichen Auskunft der Kohlenstelle ist ein Kohlenhändler jedoch verpflichtet, unter allen Umständen Kohlen an diejenigen Käufer abzugeben, die sich die Kohlen selbst vom Lager abholen wollen. Unter Vernehmung hierauf wies der Verteidiger darauf hin, daß nachträglich der Nachweis nicht erbracht sei, daß der Angeklagte diesen sogenannten Selbstabholern die Herausgabe von Kohlen verweigert habe. Das Gericht kam daraufhin zu einer Freisprechung, da in der Verweigerung jener Nachweis nicht erbracht worden sei.

Wittstock an der Dosse. Der preußische Kultusminister läßt durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst mitteilen: Im Zusammenhang mit der Frage der parteipolitischen Betätigung der Jugend, soweit sie noch schulpflichtig ist, ist die Frage, wiederholt aufgetaucht, ob die Schule befugt ist, in das Bestimmungsrat der Eltern, ihre Kinder in parteipolitische Veranstaltungen (Vorträge, gefällige Abende) mitzunehmen, wobei tendenziell einzugreifen. Das preussische Kultusministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Schule nicht in der Lage ist, den Eltern, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehören, dieses Recht zu wehren.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Proletarische Reiterkuren. Sonntag, 10. Dezember, vorm. 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus die nächste Veranstaltung statt. Das Vermitteln dieser Reiterkuren heißt: Grakhodt. Organist leitet die Reiter ein, es werden dann Dichtungen von Hermann Kugel, Kainer, Maria Rilke und Emilie Verhaeren gesprochen. Engel und Wolke bringen zu Gedächtnis der Romane G-dur von Verleihen und die Sonate Teufeltriller von Landini. Der Sprechchor spricht das Gedicht: Großstadt von Bruno Schöndant. Die Ansprache hält Fritz Schilling. Eintrittsfrei ab 10 R. und an den bekannten Verkaufsstellen und auch am Sonntag vormittag im Theater zu haben. Die Veranstaltung geschieht mit Zustimmung der Leitung der streikenden Schauspieler.

Vereinigung für Zahn- und Erziehungstragen Berlin-Treptow. Festliche Veranstaltung heute, Freitag, 8 Uhr, im Reichsanal Widenbrucht 53: „Anlage und Erziehung“ (Herr D. Kölling).

## Bluttag eines Befehlsoldaten.

### Ein deutscher Beamter niedergeschossen.

Frankfurt a. M., 8. Dezember. (B.F.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Ludwigshafen wurde gestern nachmittag der Beamte der Ludwigshafener Geschäftsstelle der Reichsbergbauverwaltung Emil Hartmann in der Wohnung des französischen Sergeanten und Regimentschneiders Moutz von diesem durch einen Schuß in den Rücken getroffen. Hartmann befand sich, wie vermutet wird, in Ausübung seines Berufs in der Wohnung des Sergeanten.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Bismarck-Heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit geringen Schneeflocken und zeitlichen nordwestlichen Winden. Temperatur um den Gefrierpunkt (Schneefall).

## Groß-Berliner Partei-Nachrichten

### der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

52. Mt. Charlottenburg. Sonntag den 9. abends 8 Uhr. Funktionärsversammlung bei Frau, Kallert-Kugler-Platz 52.

128. Abteilung, Reichsverband-Ort. Heute abends 7 1/2 Uhr in der Jugendhalle Seebad, Reichenberg 49. Funktionärsversammlung

## Sport.

Der Kampf Spalla-Wagner. Der gestern Abend im Sportpalaist, wie bereits kurz mitgeteilt, zu einem Kader sanderlichen Kämpfe, verdient noch eine Seite. Spalla hatte sich einen Schiedsrichter von Hamburg aus Hamburg mitgebracht, der die Regeln etwas härter lauthabte, als es in Berlin üblich ist. Dagegen wäre an und für sich nichts einzuwenden gewesen, wenn dieser Herr die ihm zugehörige Verantwortung jebemal laut dem Publikum zur Kenntnis gegeben hätte. Das geschah nicht, umso erkrankter war die Menge als möglich die Disqualifikation Wagners erfolgte. Das war die eine Ursache der sofort einbrechenden Reaktionen. Die andere Ursache war, daß sich ein Teil des Publikums ziemlich unbesonnen auf den vielfachen Wagners eingeworfen hatte und dessen Unterlegenheit dem entlich den technisch besten und erwanderten Spalla nicht zugab. Auf jeden Fall muß das Verhalten der Publikumströme als inakzeptabel bezeichnet werden. Das den Kampf betrifft, so hielt sich Wagner dem tennbramerstollen Spalla gegenüber zunächst recht gut, ließ aber bis zur 4. Runde merklich nach. In der 5. Runde erfolgte dann die Disqualifikation nach dreimaligen Schlägen mit der Handfläche. Wagner legte gegen die Entscheidung des Schiedsrichters Protest ein. Einzelne wurde der Abend durch den Kampf Bolmer-Bremen gegen Kolaui-Berlin, der unentschieden endet. Hieran folgte Runge gegen den Lützen Kugler u. m., wobei der Türke als Zuschauer erkrank wurde. Der letzte Kampf (nach Wagner-Spalla) Kugler gegen Kugler spielte sich unter dem Vorzeichen der entscheidenden Wagner-Entscheidung ab. Runge siegte hier in der 4. Runde.

## Devisenkurse.

	8. Dezember	7. Dezember
	Käufer- (Weil-) Kurs	Käufer- (Weil-) Kurs
1 holländischer Gulden	3117,18	3132,82
1 argentinischer Papier-Peso	2922,07	2937,28
1 belgischer Franc	—	621,00
1 norwegische Krone	1431,41	1438,56
1 dänische Krone	1576,00	1588,00
1 schwedische Krone	2003,81	2080,19
1 finnische Mark	—	201,49
1 japanischer Yen	—	3985,81
1 italienische Lire	991,51	890,49
1 Pfund Sterling	3551,11	3598,00
1 Dollar	7880,25	7919,75
1 französischer Franc	660,50	602,41
1 brasilianischer Milreis	—	987,57
1 Schweizer Franc	—	1506,22
1 spanischer Pesta	—	1241,88
100 österr. Kronen (abgef.)	—	11,22
1 tschechische Krone	—	257,86
1 ungarische Krone	—	8,45
1 bulgarischer Lema	—	59,65
1 jugoslawischer Dinar	—	108,78

# Gewerkschaftsbewegung

## Eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit.

Die dritte Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz hat das Internationale Arbeitsamt beauftragt, eine „besondere Erhebung über die Gesichtspunkte der nationalen und internationalen Arbeitslosigkeit zu veranstalten und Mittel zu ihrer Bekämpfung zu finden. Die Erhebung soll rasch durchgeführt werden unter Erbitung der Mitarbeit der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerverbundes zur Regelung der durch die Erhebung aufgeworfenen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen.“

Als Teil der Ergebnisse der Erhebung hat nun das Internationale Arbeitsamt eine Schrift (in französischer und englischer Sprache) vorgelegt, die zeigt, welche Mittel in den verschiedenen Staaten bisher angewendet wurden, um die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Verleihen zu unterstützen, die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten zweckmäßig zu verteilen und neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen oder die wirtschaftliche Tätigkeit in einem gewissen Maß zu erhalten. Es wird in der Schrift u. a. gesagt, daß kaum ein Monat vergeht, ohne daß in einem oder dem anderen Lande neue Bewegungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben werden. Es ist von größter Wichtigkeit für jedes Land, die in dieser Beziehung im Ausland unternehmen Schritte kennen zu lernen. Dem Zweck, die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kennen zu lernen, dient die neue Schrift des Internationalen Arbeitsamts. (Sie wird in Deutschland nur in deutscher Sprache lesen können. D. Red.)

## Steifnackige Unternehmer.

Der Stand des Streiks bei Carotti ist unverändert. Das Ultimatum der Firma an die einzelnen Arbeiter, daß sie bis Donnerstag morgen die Arbeit aufzunehmen hätten, anderenfalls sie entlassen seien, hat — wie vorausgesehen — nicht die erhoffte Wirkung erzielt. Es waren nur einige uninformierte junge Mädchen erschienen, die nach Aufforderung der Sachlage sofort wieder umkehrten. Das Reichsarbeitsministerium sowie das Gewerbeamt haben sich — jedes für sich — im Laufe des gestrigen Tages bemüht, die Parteien einander näherzubringen. Der Widerstand scheint weniger bei der Firma als beim Arbeitgeberverband zu liegen. Heute nimmt erneut eine Unternehmerrückmeldung zu dem Streik Stellung. Die Streikenden ihrerseits treten zur Betriebsversammlung am Sonnabendvormittag 10 Uhr in der Badbräuerlei zusammen, wo über den Stand der Dinge Bericht erstattet wird.

## Dezemberlöhne der Metallformer.

Die Metallformer und Berufsgenossen nahmen am Donnerstagabend in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, die Löhne für Dezember, Branchenleiter Fredow referierte über das Resultat der Verhandlungen mit der Vereinigung Berliner Metallgießereibesitzer. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, von den kleinen und mittleren Betrieben könnten höhere Löhne nicht mehr aufgebracht werden. Sie würden aber etwas mehr bewilligen können, wenn künftighin 48 Stunden statt 40 1/2 wöchentlich gearbeitet werde. Diese Zumutung wurde von den Vertretern der Arbeiter entschieden abgelehnt. Endlich machten die Arbeitgeber folgendes Zugeständnis: Für die Zeit ab 4. Dezember, und zwar auf zwei Wochen, soll eine Stundenzulage in Höhe von 84 R. für die erste, 82 R. für die zweite und 78 R. für die dritte Lohnklasse gezahlt werden. Hierzu soll für die zweite Hälfte des Monats eine weitere Zulage in Höhe von 55 bzw. 54 und 53 R. kommen.

Als befriedigend kann das Ergebnis nicht angesehen werden, aber es sei nicht möglich gewesen, auf friedlichem Wege mehr zu erlangen. Der Rahmenvertrag ist von den Arbeitgebern zum 31. Dezember gekündigt worden.

Die Aussprache zeigte eine starke Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Arbeitgeber, doch wurde das Zugeständnis schließlich angenommen.

Den Schluß der Versammlung bildeten Aussprachen über den Arbeitsnachweis und das Beurlaubungswesen. Es soll darauf geachtet werden, daß Arbeitskräfte nur durch den Nachweis beschafft werden sollen und daß den Beurlaubten mindestens die Höhe zu gewährt sind, die von den Metallindustriellen bezahlt werden. Die zurückliegenden vier Wochen seien den Beurlaubten nachgezahlt.

## Kostgeld der Lehrlinge im graphischen Gewerbe.

Weshalb die Handwerkerorganisationen sich mit Händen und Füßen gegen eine tarifliche Regelung der Lehrlingsgebühren, des sogenannten Kostgeldes, wehren, wird ohne weiteres klar, wenn man die tariflich geregelten Bezüge mit dem vergleicht, was sonst im Kleingewerbe gezahlt wird.

Nach dem Vordrucktarif beträgt das Kostgeld in der Zeit vom 2. bis 31. Dezember im ersten Lehrjahr 1151 bis 1445 R., im zweiten Lehrjahr 1150 bis 1445 R., im dritten Lehrjahr 1161 bis 1470 R. und im vierten Lehrjahr 1168 bis 1470 R. wöchentlich. Die höchsten Beträge von 1445, 1465, 1470 und 1480 R. in den vier Lehrjahren gelten nur für Berlin und Hamburg. Diese Kostgebühren sind nicht einmal besonders hoch. Immerhin müssen sie für das Kleinhandwerk noch als vorbildlich gelten.

## Die Jugendbewegung im Zentralverband der Angestellten.

Die Jugendbewegung des Verbandes hat einen großen Aufschwung genommen. Im Jahre 1921 hielt der Zentralverband der Angestellten in Eisenach seinen ersten Reichsjugendtag ab. Wenn auch damals die organisatorische Gliederung der Jugend innerhalb des Verbandes noch nicht ganz durchgeführt war, so konnte man doch feststellen, daß auch die kaufmännische Jugend erkannt hatte, daß nur eine feste und gut ausgebauten Organisation ihre Interessen wahren können. Von Eisenach nahmen die Helfer und die Jugendlichen selbst wertvolle Anregungen für ihre Arbeit mit nach Hause. Die Anregungen haben sie mittlerweile in die Tat umgesetzt und in fast allen Ortsgruppen wurden Jugendgruppen gebildet.

Der Zentralverband der Angestellten hat sich zur Aufgabe gemacht, die Berufsbildung seiner jugendlichen und Lehrlingsmittglieder zu fördern, sie aber weiterhin auch mit den großen Gebieten der Wirtschaft und des Wissens vertraut zu machen. Er will, ausgehend von der Erkenntnis, daß nur der Tätigste im Beruf Aussicht auf ein Fortkommen hat, in Kursen und sonstigen bildenden Veranstaltungen die Jünger, die die Schulbildung hinterlassen hat, ausbilden. Neben den Bildungsfragen wird auch der Gefelligkeit der jugendlichen Rechnung getragen.

Die Zahl der im Zentralverband der Angestellten organisierten Jugendlichen beträgt über 30 000. Sie könnte noch viel größer sein, wenn der Zentralverband der Angestellten von den Eltern die nötige Unterstützung bekommen würde. Wünschenswert ist die Eltern der kaufmännischen Lehrlinge und Bureauangestellten, darauf hinzuwirken, daß sich ihre Söhne und Töchter unverzüglich der freien Gewerkschaft, dem ZAV, anschließen.

Bekämpfung des Schweizer Buchdruckerstreiks. Nach einer Mitteilung des Schweizerischen Arbeitsamts haben in den letzten Tagen zwischen dem Schweizerischen Buchdruckerverein und dem Schweizerischen Typographenbund Verhandlungen stattgefunden, die mit der Ausarbeitung eines Entwurfs eines Präliminarabkommens endeten. Nach diesem ist der Kampf einzustellen und die Arbeit am kommenden Montag wieder aufzunehmen. Das Abkommen sieht Bestimmungen über die Arbeitszeit, die Ferien usw. vor. Eingehende Verhandlungen sollen am 11. d. M. beginnen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schön, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Druck: Verlag Hermanns-Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchverlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Linienstr. 2

